

## Hat sich gelohnt

hlz 10-11 / 2013, S. 17

Zehn Monate intensiven politischen Kampfes haben sich ausgezahlt: Die Berufliche Schule Uferstraße (W2) bleibt erhalten: Die Reform der Beruflichen Schulen wurde geändert, der Schulentwicklungsplan entsprechend umgeschrieben; die Deputation hat am 20. November getagt und entgegen den ursprünglichen Plänen entschieden, dass die Schule nicht mit der Nachbarschule zusammengelegt wird und die hauswirtschaftlichen Bildungsgänge auch nicht an einen anderen Standort verlagert werden! Außerdem wurde der sog. Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung um ein Kapitel zur Inklusion ergänzt. Das alles zeigt uns, dass die Entscheidungsgremien aus Deputation, Zuständigen des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung und nicht zuletzt der Schulsenator unsere Einwände verstanden haben und unserem überzeugenden und hartnäckigen Widerstand nicht standhalten konnten. Die Änderungen geben uns Hoffnung, dass das erfolgreiche Konzept unserer Schule weitergeführt werden und das bei uns bestehende Potential für Inklusion weiter entwickelt werden kann.

An den insofern positiven Entwicklungen haben auch Sie einen Anteil!

Für Ihre aktive oder mindestens ideale Unterstützung möchten wir Ihnen sehr herzlich danken!

ILSEMARIE MAASS und  
THOMAS von ARPS-AUBERT für die  
GEW-Betriebsgruppe der W2

## Das kann es nicht sein

hlz 1-2 / 2014, S. 8

In meiner Gewerkschaftszeitung wird erklärt, dass die Polizei Proteste kriminalisiert und rassistische Kontrollen durchführt. Man darf sicherlich in manchen Punkten nicht mit der Senatspolitik einverstanden sein, aber generell Politiker und vor allem Polizisten als Rassisten zu beschimpfen und ihnen vorzuwerfen, dass sie in undemokratischer Weise Demonstrationen kriminalisieren (was meint der Verfasser damit?), ist einer Gewerkschaftszeitung nicht angemessen. Und im Übrigen kann es auch nicht angehen, dass die GEW einen "Schulstreik" unterstützt, mit dem Schüler instrumentalisiert werden. Das lässt mich auch vor Ärger einer "Austrittszone" näher kommen. Aber seid versichert, meine Beiträge zahle ich weiter und werde auch weiterhin gemeinsam mit den Polizeigewerkschaften in Tarifaueinandersetzungen demonstrieren.

MICHAEL BASTAR

## militaristisch

Die Bundeswehr hat im vergangenen Jahr über 400.000 Schüler\_innen auf dem Schulgelände agitiert. Karriereberater, die den Jugendlichen einen Job beim Militär schmackhaft machen wollen, haben trotz eines Rückgangs der Jahrgangsstärken ihre Einsatzzahlen auf dem Vorjahr beibehalten und Vorträge vor 189.000 Schüler\_innen gehalten. Hinzu kommen 26.000,

die Truppenbesuche in Kasernen mitgemacht haben, die Hälfte von ihnen im Klassenverbund. Außerdem haben sich die Karriereberater an 600 Ausstellungen, Jobmessen, Projekttagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgelände beteiligt und dabei 96.000 Schüler\_innen erreicht. Die Bundeswehr setzt damit weiter massiv darauf, in der Regel minderjährige Schüler\_innen anzusprechen, um Werbung fürs Militär zu machen. Es handelt sich dabei um eine grobe Missachtung des Neutralitätsgebotes, dem Schulbildung unterliegt.

## anerkannt

Viele mussten lange auf die Anerkennung ihres Abschlusses in Hamburg warten. Doch nun dürfen 155 ausländische Fachkräfte endlich in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Vor knapp zwei Jahren trat dann das sogenannte Anerkennungsgesetz in Kraft. Es gewährt allen Zugewanderten einen Rechtsanspruch auf ein geregeltes Verfahren, in dessen Rahmen die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse geprüft wird. Die meisten Antragsteller kamen dabei mit rund 20 Prozent aus Polen, gefolgt von der Türkei (13 Prozent), Iran und Russland (je sieben Prozent). Bei den Berufen waren die Elektrogewerke besonders stark vertreten, gefolgt vom Kfz-, Friseur- und Metallgewerbe.

## wahlfreiheit

Die Europäische Kommission darf für Berufe, die in mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten reglementiert sind, EU-einheitliche Ausbildungsordnungen aufstellen. Diese treten neben die

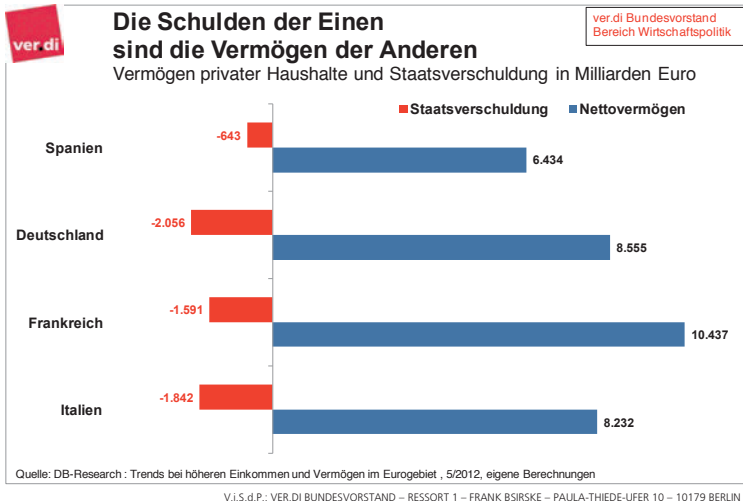
nationalen Ausbildungsordnungen. Der Auszubildende kann zwischen der nationalen und der EU-Prüfung wählen. Wenn er die EU-Prüfung besteht, darf er EU-weit arbeiten und sich selbstständig machen.

## diskriminiert

Jugendliche mit türkischen Namen haben schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz – auch wenn sie die gleiche Qualifikation haben wie Bewerber\_innen mit deutschen Namen. Sie müssen mehr Bewerbungsbriefe verschicken, bis sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden als ihre Mitbewerber\_innen mit deutschem Namen und gleich gutem Schulabschluss. Das geht aus einer aktuellen Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen hervor. Während Unternehmen beklagten, dass es nicht genug qualifizierte Bewerber\_innen gebe, bekämen jedes Jahr mehrere zehntausend Schulabgänger\_innen keinen Ausbildungsplatz, kritisierten die Wissenschaftler. Darunter seien überdurchschnittlich viele Jugendliche mit ausländischen Wurzeln, was aber nicht nur an möglicherweise schlechteren Noten läge, sondern auch an ihrer Benachteiligung bei den Bewerbungsverfahren.

## krankmachend

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Sylvia Löhrmann, hat ein Klima der Furcht an deutschen Schulen beklagt. In einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte die Grünen-Politikerin vor der turnusmäßigen Plenartagung der Konferenz: „Unsere Schulen sind vielfach angstbesetzt“. Es gebe Kinder und Jugendliche, die Angst vor ihren Lehrer\_innen hätten und Lehrer\_innen mit Angst vor ihrer Klasse. Dazu passt, dass allein in Hamburg



**„Geld ist da, das haben nur die anderen“, so formulierte es einmal unser ehemaliger Bundesvorsitzender Uli Thöne. Es ist folglich noch einiges möglich in Sachen Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, nachdem unserer Regierung durch die Bankenrettung allein in Deutschland mit 300 Milliarden dazu beitrug, die Vermögen der Reichen nicht nur zu sichern, sondern auch noch weiter auszubauen. JG**

im Jahr 2000 etwa 60 depressive Kinder und Jugendliche in ein Krankenhaus mussten, 2012 gab es bereits 474 Fälle. Grund sei auch eine größere Sensibilität in der Bevölkerung für seelische Leiden. Hamburgs Kliniken nehmen immer mehr depressive Kinder und Jugendliche auf. Innerhalb von zwölf Jahren sei die Zahl der stationären Behandlungen bei den 10- bis 19-Jährigen fast um das Achtfache gestiegen, teilte die Krankenkasse DAK-Gesundheit unter Hinweis auf Zahlen des Statistischen Bundesamts für die Jahre 2000 bis 2012 mit.

## snackn

Hamburg nimmt eine Vorreiterrolle bei der Pflege des Plattdeutschen ein. In neun Schulen wird „Nedderdüütsch“ als Wahlfach angeboten, bald auch in der Sekundarstufe 1 sowie in einigen Stadtteilschulen. Schließlich hat die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung der „EU-Charta für regionale Minderheitensprachen“ die Verpflichtung

übernommen, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen, die das Erlernen des Plattdeutschen in öffentlichen Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Schulen ermöglichen.

## multi-kultisch

In Hamburgs Klassenzimmern herrscht Multikulti. Fast jedes zweite Kind stammt aus einer Zuwandererfamilie. Und auch immer mehr Lehrer\_innen haben einen Migrationshintergrund, wie eine Parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Kazim Abaci zeigt. So sind seit dem 1. Februar 272 Referendar\_innen im Dienst, davon haben 61 einen Migrationshintergrund. Sie stammen ursprünglich u.a. aus Bosnien, Griechenland, Italien, Polen oder Afghanistan. 15 von ihnen unterrichten am Gymnasium, 26 an der Primarschule, 13 an beruflichen Schulen und sieben an Sonderschulen. Dabei nimmt die Zahl der Lehrer\_innen mit Migrationshintergrund zu. Waren es 2009 nur 16,7 Prozent sind es jetzt 22,8 Prozent.